

Volksstimme

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 2, März 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

Teuerung. Krise. Kurzarbeit.

Gebührenstopp in der Gemeinde!



www.bigshot.at

**Privilegien
Gebührenerhöhungen
Freunderlwirtschaft**



Für Gerechtigkeit!



www.kpoe-steiermark.at

KPÖ
im Gemeinderat

Am 21. März stehen Gemeinderatswahlen ins Haus. Knapp vorher haben SPÖ und ÖVP durch Landtagsbeschluss die Gemeinden ermächtigt, die Gebühren für kommunale Dienste wie Müllabfuhr, Wasser, Kanal usw. so stark zu erhöhen, dass sie das Doppelte dessen ausmachen, was kostendeckend wäre. Der Leobener KPÖ-Stadtrat LAbg. Werner Murgg: „*Es kann nicht sein, dass Gemeindehaus-*

halte durch extreme Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei Müll-, Wasser- und Kanalgebühren saniert werden!“

Alles wird teurer. Aber es gibt derzeit die Tendenz, die Kosten für Krise und Bankenrettung von oben nach unten, vom Finanzminister zum Landeshauptmann und weiter zum Bürgermeister durchzureichen. Am Ende zahlen die Normalverbraucher über er-

höhte Wohn- und Betriebskosten drauf. Die steirische KPÖ will verhindern, dass so Geld eingetrieben wird, das anderswo leichtfertig vergeudet wurde.

In vielen steirischen Gemeinden setzen sich die Kandidaten der Liste 3-KPÖ für Gerechtigkeit bei den Gebühren ein. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten wäre ein Gebührenstopp bei kommunalen Leistungen wichtig.

GELDRAGEN FÜR STEIRISCHE BÜRGERMEISTER

Nach der Wahl plus 66%

Seite 4

LEBENSMITTEL IN EUROPA

Killerkäse

Seite 16

ZITIERT

Wir als indigene Völker sagen: die Kultur des Todes, und das ist der Kapitalismus, bezweckt das „Besser Leben“, besser leben auf Kosten des Anderen; dagegen ist die Kultur des Lebens der Sozialismus, das „Gut Leben“.

Evo Morales, Präsident des Vielnationalen Staates Bolivien in einer Botschaft an die indigenen Völker zum Problem des Klimawandels



Bei Spitzenverdienern sagt man, man muss Spitzengehälter zahlen, um sie zu motivieren. Bei Niedrigverdienern wird empfohlen, Einkommen zu kürzen, um sie zu motivieren. So entsteht die wirkliche Neiddebatte!

Robert Misik, Journalist und Autor im „brennstoff“, www.misik.at



Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.

John Maynard Keynes (1883-1946), engl. Mathematiker und einer der bedeutendsten Ökonomen der Neuzeit

Unterm Kreisky hätte's des net gebn. Der hat a ordentliche Arbeitsmarktpolitik gemacht.

Ein Böhler-Arbeiter zur Rekordarbeitslosigkeit in der Steiermark.



ARBEITER IN DER WIRTSCHAFTSKRISE

Auf Kurzarbeit folgen

Die Lasten der weltweiten Banken- und Wirtschaftskrise werden auf die arbeitenden Menschen abgewälzt.

Ein Beispiel:

Böhler streicht rund 300 Stellen in Kapfenberg, obwohl das Unternehmen keine roten Zahlen mehr schreibt. Und die SPÖ: schweigt.

Ganz so hatte sich Bundeskanzler Faymann seinen Besuch in Kapfenberg nicht vorgestellt. Mitte Jänner reiste er mit Sozialminister Hundstorfer, LH Voves und Landesrat Schrittwieser im Schlepptau in die Stahlstadt; man wollte gute Stimmung für die Landtagswahlen im Herbst machen. Doch für die ohnehin schon angeschlagene Landes-SP kam es noch dicker. Anstatt Zuversicht zu verbreiten, musste der Kapfenberg-Trip kurzerhand zum Krisengipfel umfunktioniert werden, kündigte die Böhler-Uddeholm-Konzernleitung doch just zur selben Zeit weitreichende Jobabbaupläne für das Kapfenberger Werk an.

Gewinnrekord und 300 Kündigungen

Nach Auslaufen der Behaltfrist in der Kurzarbeit sollen noch in diesem Frühjahr rund 300 der 1863 Stellen abgebaut werden. Als Grund gilt der Einbruch bei der Auftragslage des Edelstahlkonzerns. Böhler-Chef Raidl etwa ließ der Belegschaft ausrichten, dass die Kündigungen notwendig wären, weil sich die Rekordumsätze der Jahre 2007 und 2008 nicht mehr erreichen lie-



ben. Ein Blick in die Bilanzen der Voest-Tochter vermittelt allerdings ein anderes Bild. Zwar musste die Böhler-Uddeholm AG (BUAG) im zweiten und dritten Quartal des Jahres 2009 rund 22 Millionen Euro abschreiben, im vierten Quartal allerdings bilanzierte die BUAG schon wieder positiv, wie Wolfgang Eder, Chef des Böhler-Mutterkonzerns Voest-Alpine, unlängst verriet.

Eders eigene Bilanz sieht ohnehin noch wesentlich besser aus. So weist der Geschäftsbericht der Voest-Alpine für das Jahr 2008/9 das zweitbeste operative Ergebnis in der Unternehmensgeschichte aus. Sicher liegt das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit im Jahr

2009 etwas unter dem des Vorjahres, aber über dem Niveau von 2007. **Und: Die Umsatzerlöse stiegen im Jahr 2009 auf den Rekordwert von 11,6 Milliarden Euro, der erwirtschaftete Jahresüberschuss lag bei 611 Millionen Euro – trotz Krise.**

Trotz Gewinn: Stellenabbau

Fakten, die Fragen aufwerfen. Warum baut der Böhler-Mutterkonzern trotz dreistelliger Millionengewinne Arbeitsplätze ab? Warum taucht die BUAG mit Hilfe staatlich gestützter Kurzarbeitsprogramme durch die Krise, um hernach 300 Stellen zu streichen? Und warum schauen

Kündigungen

Foto: J.J.Kucek



Die Lasten der Krise werden von oben nach unten auf die einfachen Arbeiter abgewälzt. Jetzt erleben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit Kreiskys Zeiten.

die SP-Bürgermeisterin und ihr Parteikollege Voves dem Treiben der Konzernherren tatenlos zu? Für Clemens Pereneder, Spitzenkandidat der KPÖ Kapfenberg bei den kommenden Gemeinderatswahlen, ist die Sache klar. „*Böhler hat in den letzten Jahren satte Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet und Millionen-gewinne gemacht. Möglich gemacht, haben das die Böhler-Arbeiter/innen. Jetzt schüttet man wieder Dividenden aus und zieht im Windschatten der Krise einen gewaltigen Personalabbau durch.*“

Indes will beim Schichtwechsel in Kapfenberg kaum jemand offen sprechen. „Große Angst und Ungewissheit“ gehe

im Werk um, sagt eine, die anonym bleiben will. Auch ist von Listen mit den Namen jener, die in absehbarer Zeit ohne Job dastehen werden, die Rede. Bestätigen will das freilich niemand.

Schweigegebot

Erst unlängst berichtete eine steirische Info-Illustrierte davon, dass Böhler-Chef Raidl persönlich jede Stellungnahme zur causa prima untersagt habe. Ein Gebot, an das sich offenbar auch sozialdemokratische Funktionäre gebunden fühlen. Brigitte Schwarz, SP-Bürgermeisterin von Kapfenberg, war trotz mehrmaliger Versuche für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Abgeordnete im Landtag

Gleiche Arbeit – gleicher Lohn!



Es ist kaum zu glauben, aber die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist nach über 100 Jahren noch immer aktuell. Daten, die 2008 in der Steiermark erhoben wurden, zeigen, dass die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen weiterhin ordentlich auseinanderklafft. Frauen verdienen ein Sechstel weniger als Männer bei gleicher Tätigkeit. Durchschnittlich verdiente ein Mann 2008 jährlich 32.594 Euro, eine Frau jährlich nur 19.299 Euro. Berücksichtigt wurden bei der Erhebung Unterschiede, die sich durch Voll- und Teilzeitarbeit, Branchen und Stellung im Beruf ergeben – ohne diese „Bereinigung“ fällt der Unterschied noch krasser aus.

Nicht nur bei der Entlohnung sind Frauen benachteiligt: Weltweit gesehen sind 70% der Hungernden, 70% der in absoluter Armut lebenden und 67% jener Menschen, die nicht lesen und schreiben können, Frauen. Frauen leisten 70% der unbezahlten Arbeit, sie besitzen allerdings nur

1% des Eigentums. Sie besetzen magere 6% der Regierungssämter und 10% der Parlamentssitze.

Wer angesichts dieser Tatsachen davon spricht, dass zwischen den Geschlechtern Gleichberechtigung herrscht, irrt sich gewaltig!

Frauen sind auf der ganzen Welt Krisenmanagerinnen. Jede Finanz-, jede Nahrungsmittelkrise, jeder kriegerische Konflikt, jede Hungerkatastrophe wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. In der Regel sind es die Frauen, die für die Betreuung und Ernährung der Kinder, für die Wasserversorgung der Familie und die Pflege der Angehörigen zuständig sind. Egal, wo auf dieser Welt: Männer tragen Entscheidungen, Frauen die Konsequenzen.

Große Reden zu schwingen bringt uns keinen Schritt weiter. Wir müssen für die Rechte der Frauen kämpfen, denn „100 Jahre Kosmetik in der Frauenpolitik“ sind genug!

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104

ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, ABER MIT BISS



FP und BZÖ in der
Schlammschlacht:
So angepatzt waren
„Saubermänner“ noch nie!

INHALT

Bürgermeistergehälter Neu.....	4
Führungswechsel.....	4/5
Aus dem Landtag	6/7
100 Jahre Frauentag	8
Rettet die Fische	9
Schadenersatz bei Glücksspiel.10	
Gemeinderatswahl 2010....	11-14
Korruption in Österreich	15
Gut gefördert: Prolactal	16
Ferien mit Kinderland	17
Die Euro-Lüge ist geplatzt.....	18
Kriegsverbrechen aufgedeckt..	20
Revolutionäre Energie	21

WAS KOMMT NACH DER WAHL?

Mehr Geld für die Bürgermeister

SPÖ und ÖVP im Städte- und Gemeindebund wollen die Bürgermeisterbezüge drastisch anheben. Vor den Wahlen hat man diese Pläne, die wir hier wiedergeben, zurückgestellt. Nach der Wahl wird alles anders aussehen, wie man in Niederösterreich gesehen hat. Dort wurden nach der Landtagswahl die Bürgermeistergehälter drastisch erhöht.

Einwohner der Gemeinde	Gehalt derzeit, gerundet	Vorschlag, gerundet	Erhöhung
bis 500	1.469 Euro	2.448 Euro	+66,6%
501 bis 1.000	1.795 Euro	2.774 Euro	+54,6%
1.001 bis 2.000	2.122 Euro	3.019 Euro	+42,3%
2.001 bis 3.000	2.530 Euro	3.346 Euro	+32,2%
3.001 bis 5.000	2.774 Euro	3.509 Euro	+26,5%
5.001 bis 7.000	3.590 Euro	4.243 Euro	+18,2%
7.001 bis 10.000	4.243 Euro	4.814 Euro	+13,7%
10.001 bis 20.000	5.304 Euro	5.794 Euro	+ 9,0%
über 20.000	6.936 Euro	7.344 Euro	+ 5,9%

Bezüge der Bürgermeister, brutto, 14 Mal pro Jahr. Vom Bürgermeisterbezug berechnen sich die Bezüge der anderen Gemeindefunktionäre wie Vizebürgermeister, Stadträten, Kassieren oder Ausschussvorsitzende.

Ange-sichts der Krise, von Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Gehaltskürzungen ist der Vorstoß, die Bezüge der Bürgermeister anzuheben, ein völlig falsches Signal. KPÖ-Landtagsabge-

ordnete Renate Pacher hat im Städtebund als einzige Vertreterin dagegen gestimmt. Nachdem die KPÖ dagegen protestiert und die Öffentlichkeit informiert hat, wurden die Pläne vorerst zurückgelegt.

Gratis-Urlaub für bedürftige steirische Senioren!

Das Land Steiermark finanziert gemeinsam mit den Sozialhilfeverbänden einen Gratis-Urlaub für bedürftige Seniorinnen und Senioren in der Steiermark. Die zehntägige Gratis-Urlaubsaktion für ältere Steirerinnen und Steirer findet in einem der rund 30 Vertragsgasthäuser statt, die auf die ganze Steiermark verteilt sind.

Heuer gibt es zwischen Mai und September insgesamt fünf Turnusse. Teilnehmen daran können alle Steirerinnen und Steirer, die das 60. Lebensjahr

vollendet haben und deren monatliches Netto-Einkommen nicht mehr als 936 Euro (für allein lebende Personen) bzw. 1360 Euro (für Ehepaare oder Lebensgemeinschaften) beträgt. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgt in der jeweiligen Wohnsitzgemeinde, bei der man sich bis Ende März für diese Gratis-Urlaubsaktion melden kann.

Anmeldung bis Ende März an jeweiliger Wohnsitz-gemeinde möglich

GEBEN STATT NEHMEN Kampf für soziale

Wechsel im Landtag. Am ersten März übergab Ernest Kaltenegger die Führung des KPÖ-Landtagsklubs an Claudia Klimt-Weithaler. Vor der Amtsübergabe traf die Steirische Volksstimme die neue Klubobfrau und ihren Vorgänger zum Gespräch.

Steirische Volksstimme: Ernest Kaltenegger, fällt dir der Abschied von der Politik schwer?

Ernest Kaltenegger: Ich bin seit mehr als 40 Jahren politisch aktiv, mehr als die Hälfte dieser Zeit habe ich öffentliche Mandate bekleidet. Irgendwann kommt der Punkt, an dem man sich etwas besseres vorstellen kann. Es waren auch gesundheitliche Gründe, die für einen Generationswechsel bei der KPÖ gesprochen haben.

Steirische Volksstimme: Du verspürst also kein bisschen Wehmut?

Ernest Kaltenegger: Wehmut empfinde ich nicht, nein. Immerhin bleibe ich ja ein politischer Mensch. Das wird sich nie ändern. Es war einfach an der Zeit, auch in unseren Reihen einen Wechsel vorzunehmen. Mit Claudia Klimt-Weithaler haben wir eine Person gefunden, die für die vor uns liegenden Aufgaben vielleicht sogar geeigneter ist als ich.

Steirische Volksstimme: Kann die KPÖ ohne Ernest Kaltenegger weiterhin die politische Konkurrenz im Land herausfordern?



Claudia Klimt-Weithaler: Die Großparteien werden im Herbst massiv Stimmen einbüßen, weil die Menschen wissen, dass sie über Jahrzehnte jene Politik verfolgt haben, die schnurstracks in die Krise geführt hat. Die Grünen und die Rechten werden nicht vom Fleck kommen, weil die Menschen wissen, dass sie dieselbe Politik verfolgt hätten, wenn man sie nur gelassen hätte. Bleibt die Frage, wo der Protest hingeht? Zur extremen Rechten, die nur plump hetzen und sich an den Futtertrögen der Macht zu bedienen versteht. Oder aber zur KPÖ. Ich werde alles dafür geben, dass es die KPÖ ist, weil sie die einzige glaubwürdige Alternative zur Politik des Turbokapitalismus ist. Wenn es dazu einen schärferen Stil braucht, bin ich wohl ganz gut geeignet.

zuhören - helfen - umsetzen

Gerechtigkeit geht weiter



Ernest Kaltenegger bleibt als „einfacher“ Abgeordneter im Landtag. Claudia Klimt-Weithaler, wird neue Klub-Obfrau: „Ohne eine starke KPÖ wird es in sozialer Hinsicht kälter werden.“

Foto: J.J.Kucek

Steirische Volksstimme: Wie schafft man es eigentlich nach so vielen Jahren in der Politik, anständig zu bleiben?

Ernest Kaltenegger: Ich glaube das Wichtigste ist, nicht den Kontakt zu den einfachen Leuten zu verlieren. Mir ist es nie gelegen, überall dort aufzutauchen, wo sich ein Kamerateam angesagt hatte, nur um dann in den Steirerblicken vorzukommen. Wenn aber jemand angerufen, der in Not ist, muss man sich die Zeit nehmen. Das lässt einen am Boden bleiben.

Claudia Klimt-Weithaler: Das sehe ich auch so. Im Übrigen verdienen wir – im Gegensatz zu den Abgeordneten anderer Parteien – nicht mehr als ein Facharbeiter. Diese selbstauferlegte Einkommensobergrenze hat viel zur Glaubwürdigkeit,

die unseren Erfolgen zugrunde liegt, beigetragen.

Steirische Volksstimme: Apropos Wahlerfolge, welcher war den im Rückblick der Schönste?

Ernest Kaltenegger: Schwierige Frage. Der schönste Erfolg war eigentlich ein Misserfolg. Als ich das erste Mal in Graz kandidierte, das war 1983, haben wir um den Verbleib im Gemeinderat gezittert. Am Ende verloren wir zwar 0,2 Prozent, aber konnten ein Mandat retten. Damals hatten wir im Vorfeld Angst, dass es im Falle eines Ausscheidens aus dem Gemeinderat lange bis zum Wiedereinzug dauern könnte. Dass wir 20 Jahre später drittstärkste Kraft in der Stadt und dann auch im Land sein würden, ja, dass wir uns in weiterer Folge sogar landes-

weit als glaubhafte linke Kraft etablieren könnten, hätte ich mir damals nicht zu erträumen getraut.

Steirische Volksstimme: Zum Schluss, was wirst du im März 2011 machen?

Ernest Kaltenegger: Im März 2011?! Da werde ich vermutlich am Karst wandern und mich mit der Geschichte dieser Gegend und ihrer Menschen beschäftigen. Es gibt noch genug Dinge, die mich interessieren, die ich entdecken will.

Und wo steht Claudia Klimt-Weithaler im März 2011?

Claudia Klimt-Weithaler: Da werde ich an der Spitze eines von den WählerInnen bestätigten Landtagsklubs in der Steiermark stehen. Denn ohne eine starke KPÖ wird es in der Steiermark vor allem in sozialer Hinsicht kälter werden.



Richtsätze

PENSIONEN-AUSGLEICHSZULAGE

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: 783,99 Euro, für Ehepaare, Familien: 1.175,45, Erhöhung pro Kind: 82,16 (jeweils minus 5,1 % für die Krankenversicherung).

SOZIALHILFERICHTSÄTZE

Für den Lebensbedarf für Alleinstehende: 548 Euro; für Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft: 500 Euro; für Mitunterstützte: 334 Euro.

REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (Siehe oben)

RUNDFUNK- UND TELEFON- GEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Alleinstehende bis zum Einkommen von 878,07 Euro, Ehepaare bis zum Einkommen von 1.316,50 Euro.

FAMILIENBEIHILFE

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,1 bei 4 Kindern über 19. Mehrkindzuschlag ab dem 3. Kind: 36,40 Euro.

KINDERZUSCHUSS DES LANDES

145,35 Euro monatlich während der ersten 12 Lebensmonate, für bestimmte Einkommensgrenzen. Antrag über das Gemeinde bzw. Bezirksamt.

DSA Karin
Gruber
KPÖ-Landtagsklub
Herrengasse 16
Tel.
0316/877-5101



Sozialhilfe abgeschafft

Ab September 2010 wird die Sozialhilfe durch eine sogenannte Mindestsicherung nach dem Vorbild des deutschen Hartz IV abgelöst. Im Betrag von 744 Euro für Alleinstehende, der nun österreichweit gültig ist, sind 168 Euro Wohnbeihilfe enthalten.

Inwieweit sich Verbesserungen oder Verschlechterungen für Bezieher/innen ergeben, wird die Praxis zeigen.



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

KPÖ für Reduktion der Politikerbezüge

Die Politikereinkommen entfernen sich immer mehr von denen der Durchschnittseinkommen. So bezieht der Landeshauptmann 15.500 Euro brutto monatlich, ein Landtagsabgeordneter über 5.000 Euro. Die KPÖ hat bereits mehrmals im Landtag einen Antrag bezüglich einer Reduktion der Politikereinkommen eingebracht.

In der jüngsten Sitzung versuchte sie neuerlich dafür eine Mehrheit zu bekommen. Die KPÖ fordert eine Kürzung der Bezüge um rund 30 Prozent. Klimt-Weithaler: „Die KPÖ-Abgeordneten gehen mit gutem Beispiel voran und behalten sich maximal 2.000 Euro von ihrem Abgeordnetenbezug. Der Rest wird von uns gespendet.“ Klimt-Weithaler weiter: „Uns geht es darum, daß die Höhe der Politikereinkommen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten stehen.“ Der KPÖ-Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at



So soll die Schladming-Dachstein Tribüne bei der Ski-WM 2013 aussehen. Derzeit wird noch über die Finanzierung verhandelt. Bild: Planai

48,6 Millionen Euro für Schi-WM

2013 findet Alpine-Ski-Weltmeisterschaft in Schladming statt. Dafür will das Land Steiermark 48,6 Millionen Euro (mehr als 600 Millionen Schilling) ausgeben. 19 Millionen Euro erwartet man sich vom Bund.

Die Landesausgaben setzen sich wie folgt zusammen: die Stadtgemeinde Schladming erhält 10,7 Millionen Euro für die Errichtung eines Medienzentrums und für die Errichtung einer sogenannten Athletic Area. 23,5 Millionen Euro bekommen die Planai-Hochwurzen-Bahnen und je 7 Millionen Euro die Reiteralm und der Hauser Kaibling. Eine erste Tranche der Geldmittel wurde bereits 2009 vom Landtag im Rahmen des Konjunkturausgleichsbudgets beschlossen. Die KPÖ stimmte dagegen. Nun stand die Beschlussfassung der weiteren 19

Millionen Euro an. Der Landtag trat dazu am 10. Februar zum zweiten Mal innerhalb von 24 Stunden zusammen. Ursprünglich wollte die Landesregierung das Stück im Eilverfahren ohne Diskussion durch den Landtag peitschen, scheiterte aber am Widerstand der KPÖ.

25 Prozent Budgetkürzung droht

All das passiert vor dem Hintergrund von angedrohten Budgetkürzungen um 25 Prozent in allen Ressorts. Das ist auch der Grund der Ableh-

nung der KPÖ. Werner Murgg (KPÖ): „Diese Kürzungen werden die Steirerinnen und Steirer beim kommenden Landesbudget noch teuer zu spüren bekommen.“ SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten für die weitere Millionspritze in Höhe von 19 Millionen Euro. Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP) zur Kritik der KPÖ: „Die 48,6 Millionen sind eine Kraftanstrengung und werden den Druck auf den Landeshaushalt erhöhen.“ Werner Murgg: „Die KPÖ ist für sinnvolle Investitionen in den Regionen, aber gegen die Verschwendung von Unsummen für Eventpolitik.“

Foto Hauser Kaibling by Lanxx.at



Die Schneekanonen stehen bereit.

KPÖ STELLT DRINGLICHE ANFRAGE AN VOVES

Strom muss billiger werden!

Die Großhandelspreise für Strom liegen heute unter den Preisen von 2006. Der Preis, den die Energie Steiermark Tochter STEWEAG-Steg (SSG) den Haushaltskunden verrechnet, ist jedoch um 22 Prozent höher als 2006.

Außerdem existiert ein von der KPÖ initiiertes Landtagsbeschluss, der Landeshauptmann Franz Voves als Energie Steiermark Eigentümerversorger auffordert, sich für die Einführung eines Steiermark-Tarif für die Haushaltstromkunden stark zu machen. Dieser Steiermark-Tarif sollte um ca. 2 Cent/kWh billiger sein als der derzeitige SSG-Tarif.

Mit diesen und anderen Fragen konfrontierte KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg Landeshauptmann Voves mittels Dringlicher Anfrage. Werner Murgg stößt sich auch an der Tatsache, dass in Frankreich der Haushaltsstrompreis sehr wohl reguliert ist, während sich der

Landeshauptmann immer auf das Mitspracherecht des französischen Energie-Steiermark-Minderheitsaktionärs EDF ausredet. Werner Murgg an Voves: „Wie setzen Sie als Eigentümerversorger die Interessen der steirischen Stromkunden gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Peter Schachner-Blazizek, durch?“ Landeshauptmann Voves verlas Stellungnahmen vom Verbund, er ist Minderheitseigentümer an der

SSG, und von der Estag, nach welchen die Einführung eines derartigen Steiermarktarifes gegen das Kartellrecht verstoßen würde. Voves: „Es gibt keine Möglichkeit, dem Wunsch des Landtages nach einer Strompreissenkung nachzukommen.“ Überdies sei die Situation in Frankreich nicht mit der in Österreich zu vergleichen. In Frankreich sei der Markt bei weitem noch nicht so liberalisiert wie in Österreich.



Vom Vorreiter in Sachen Umwelt- und Klimaschutz hat sich Österreich in wenigen Jahren zum Nachzügler entwickelt. Höchste Zeit, dass alternative Energien besser gefördert werden.

Ermäßigung für Studis

Die ermäßigte Studierendenkarte des Verkehrsverbundes bekommen nur diejenigen, die Familienbeihilfe beziehen. Renate Pacher (KPÖ): „40 Prozent der Studierenden sind vom Erwerb der Karte ausgeschlossen. Außerdem sollte die Ermäßigung angehoben werden. Früher war die Karte kostenlos.“ Auf Antrag der KPÖ beschloss der Landtag einstimmig, auch den Studierenden, die keine Familienbeihilfe beziehen, den Bezug der Karte zu ermöglichen.

STEIRISCHE GEMEINDEN

Doppelte Gebühren und Maulkorb

Die Gemeindeordnung wird novelliert. KPÖ und Grüne wenden sich vor allem gegen eine Ausweitung der Rechte des Stadtrates bzw. des Gemeindevorstandes, gegen eine Ausweitung der Vertraulichkeit und gegen Strafen für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, welche die Vertraulichkeit brechen. Werner Murgg (KPÖ): „Das alles dient als Maulkorb für kleinere Fraktionen.“

Die KPÖ spricht sich in der Novelle auch vehement gegen den Paragraphen aus, der die Gemeinden ermächtigt, die Gebühren so stark zu erhöhen, dass sie das Doppelte ausmachen, als kostendeckend wäre. Werner Murgg: „Es kann nicht sein, dass Gemeindehaushalte durch extreme Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei Müll-, Wasser- und Kanalgebühren saniert werden!“

KOMMENTAR

Werner Murgg, KPÖ-Abgeordneter im Landtag



49 Millionen, freihändig

Das Land Steiermark steht finanziell mit dem Rücken zur Wand. Das predigt uns Finanzlandesrat Christian Buchmann seit Jahren. Der Landeshausalt konnte während der letzten Jahre nur mit gewaltigen Budgettricks erstellt werden. Diese belasten den Haushalt zusätzlich. Zum Beispiel die Übertragung unserer Spitäler an eine eigens dafür gegründete Gesellschaft samt Rückmietung der Objekte. Buchmann & Co. sprechen von einer generellen 25-prozentigen Einsparung im Voranschlag 2011. Da wird dann kein Auge trocken bleiben. Denn anstatt neue Einnahmen zu erschließen, durch eine Nahverkehrsabgabe für die Unternehmer oder eine Erhöhung der Spielautomatenabgabe für die Glücksspielkonzerne, soll das Budget zu Tode gespart werden. Gratiskindergarten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder die Abschaffung des Regresses in der Sozialhilfe stehen dann wohl zur Disposition. Vor diesem Hintergrund werden 49 Millionen Euro für ein Einmalereignis, wie die Schi-WM in Schladming, ausgegeben. Die KPÖ hat dazu, als einzige Partei im Landtag, nein gesagt. Wäre es nach den übrigen Parteien gegangen, hätte diese Ausgabe sogar ohne ausführliche vorherige Information der Abgeordneten durch den Landtag gepeitscht werden sollen.

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Weltfrauentag
8. März
ECHTROT

8. MÄRZ - 100 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG Frauen verdienen noch immer viel weniger

Vor 100 Jahren wurde der 8. März als Internationaler Aktionstag für Frauenemanzipation gegründet. Trotz Jahrzehntelangem Kampf um Gleichberechtigung sind Frauen noch immer im Nachteil.

Beim Einkommen gibt es extreme Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern, belegt die Statistik Austria. „Wer glaubt, dass Chancengleichheit bei uns existiert, der irrt gewaltig“, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Damit bleibe eine Kernforderung des Frauentages für die KPÖ-Abgeordnete unerfüllt und der Frauentag „ein Kampftag, dass Frauen ein Recht auf Arbeit haben, die Existenz sichernd ist“.

Obwohl Frauen laut „Weißbuch Frauen – Schwarzbuch Männer“ weltweit mehr Arbeit verrichten als Männer, verdienen sie weniger Geld

und oft auch weniger Anerkennung.

Das ist in Österreich nicht anders, wie die Statistik Austria jüngst belegte. Während Männer durchschnittlich 21.066 Euro pro Jahr verdienen (netto), bekommen Frauen mit 14.009 Euro um 34 Prozent weniger aufs Konto überwiesen. Ein ähnliches Bild gibt es bei den PensionistInnen: Männer erhalten durchschnittlich 17.968 Euro pro Jahr, Frauen nur 11.783 Euro.

Hinterfragt man die Zahlen, kommt die wahre Ungerechtigkeit erst zu Tage. Denn während man im öffentlichen Dienst einem fairen Gehalt näher ist – Beamte verdienen

im Schnitt 47.677 Euro pro Jahr, Beamtinnen 43.716 Euro – schaut es in der Privatwirtschaft ganz traurig aus: Schlusslicht in Sachen Bezahlung sind Arbeiterinnen mit 10.276 Euro pro Jahr, während Arbeiter mit 23.903 Euro zwar mehr als doppelt soviel, aber immer noch dürftig verdienen.

Frauen leisten global gesehen zwei Drittel der Arbeit, verfügen über zehn Prozent des Einkommens und nur ein Prozent des Vermögens.

Aus dem „Weißbuch Frauen Schwarzbuch Männer“

Schluss mit Kosmetik in der Frauenpolitik!



Schreiben Sie mir Ihr Anliegen an:
claudia.klimt@kpoe-steiermark.at
KPÖ Landtagsklub
Herrngasse 16/3, 8010 Graz
Tel: 0316 877 51 02
Fax: 0 316 877 51 08
Als Dank erhalten Sie diesen echtroten Nagellack.

WAS KH TOTAL UNGERECHT FINDE:
WENN WIR MÄNNER DEN JOB VERLIEREN,
SIND WIR EINFACH ARBEITSLOS. FRAUEN
HABEN DANN IMMER NOCH IHRE HAUSARBEIT!



GESCHICHTLICHES

1910 Auf Vorschlag von Clara Zetkin setzte ein internationaler Sozialistinnenkongress vor genau 100 Jahren den 8. März als internationalen Kampftag für die Rechte der Frauen fest.

Seit 1911 wird er mit Demonstrationen und Vreanstaltugnen weltweit begangen.

1917 war die Frauendemonstration am 8. März (unserer Zeitrechnung) ein Auslöser der russischen (Februar-)Revolution. Der 8. März war in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern ein Feiertag.

Die **neue Frauenbewegung** erneuerte in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts diese Tradition auch im Westen.

Protest in den Mur-Auen



Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerde von Naturschützern gegen fünf Kraftwerksprojekte an der Mur südlich und nördlich von Graz abgewiesen. Beherzte Kraftwerksgegner behinderten durch Blockaden die Bauarbeiten. Auch wenn die Zerstörung der Murauen bereits begonnen hat, hoffen sie diese Projekte noch in letzter Minute verhindern zu können. (Siehe auch Kommentar rechts „Vom Ende der Fische“.) Mehr Infos unter: <http://au.mur.at/> und <http://rettetdiemur.at/>

Gutschein für Kastration

Die unkontrollierte Vermehrung von Streuner Katzen ist ein bekanntes Problem. Die Tiere leiden lebenslang und speziell in der kalten Jahreszeit an Futtermangel.

Wenn sie verletzt sind, gehen sie qualvoll zugrunde. Als Gegenmaßnahme wurde 2006 eine Gutscheinaktion zur Kastration bzw. Sterilisation streunender Katzen ins Leben gerufen, die Gutscheine waren allerdings schnell verbraucht.

Auf Initiative der AKPÖ werden nun die Gutscheine wieder eingeführt: Abgewickelt werden sie über die Gemeinden. Diese geben die Gutscheine an Personen ab, die streunende Katzen einem Tierarzt zur Kastration übergeben.



Lohndumping bei KAGES

Auf Initiative der KPÖ hat der Landtag beschlossen, der landeseigenen Krankenkassengesellschaft (KAGES) Ausgliederungen beim Reinigungspersonal zu verbieten. Dadurch werde dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Das Lohnniveau der privaten Reinigungsfirmen liegt 30 Prozent unter dem der KAGES. Ernst Kaltenegger: „Wenn das Reinigungspersonal der KAGES gegen noch billigeres Personal von Privatfirmen ausgetauscht wird ist das Lohndumping.“

GASTKOMMENTAR

Vom Ende der Fische



Walter Maderer, Sprecher des Arbeiterfischereivereins Graz

Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Kraftwerk Puntigam wird uns von der E-Wirtschaft wieder suggeriert, dass Wasserkraft sauber sei. Die Wirklichkeit schaut aber ganz anders aus:

Ohne Rücksicht auf die katastrophale ökologische Auswirkung steht uns seitens der E-Wirtschaft der Totalausbau der Wasserkraft bevor. Die Verbauung der letzten freien Fließstrecken ist als ökologisches Desaster anzusehen. Dadurch werden funktionierende Ökosysteme zu Technosystemen degeneriert.

Wasserkraftwerke verändern die Charakteristik von frei fließenden Wasserläufen drastisch: Sie stellen für Fische unpassierbare Hindernisse dar und verhindern für viele Arten notwendige Wanderungen zu ihren Laichgebieten – hauptsächlich Bächen mit Kiesgrund. So genannte „Fischaufstiegshilfen“ können nicht von allen Fischen angenommen werden und sind deshalb nur eine kleine Hilfe. Flussabwärts führt nur der tödliche Weg durch die Turbinen.

Bei Gewässerabschnitten oberhalb der Staumauern kommt es auf Grund der Abnahme der Fließgeschwindigkeit zu einem Temperaturanstieg und damit verbunden zu einer Abnahme des Sauerstoffgehaltes. Außerdem ist hier die Gewässersohle von

meterdicken Schlammschichten bedeckt. Für die meisten Arten sind diese Abschnitte als Lebensraum völlig ungeeignet.

Diese Schlammschichten entstehen dadurch, dass sich durch die Minderung der Fließgeschwindigkeit in den Stauräumen das sogenannte Geschiebe (vom Fließgewässer transportiertes Geröll, Flussschotter, Sande ...) absetzt.

In kurzen Zeiträumen füllen sich die Stauräume über weite Strecken mit meterdicken Faulschlammdeponien, die in immer wiederkehrenden Abständen entfernt werden müssen. Das passiert durch Stauraumspülungen. Dabei werden zigtausende Tonnen Faulschlamm in kürzester Zeit wieder an den Fluss zurückgegeben, was wiederum die Auslöschung eines Großteils der gesamten Biomasse unterhalb der Kraftwerke bedeutet. Jede Ritze, jede Schotterbank wird durch den Schlamm auf viele Kilometer zugleisert, jedes Leben erstickt. Übrig bleiben trost- und leblose Unterwasserwüsten.

Ein Totalausbau der Wasserkraft bedeutet somit das Ende natürlich reproduzierender Fischpopulationen, wie Äsche, Huchen und anderer Arten, die auf der roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten zu finden sind.

Walter Maderer, Arbeiterfischereiverein Graz



Die Estag läutet mit Kraftwerken den Tod von Äsche und Co. ein.

NICHT IMMER GEWINNT DIE BANK:

Schadenersatz bei Spielsucht

Die KPÖ unterstützt ehemalige Spielsüchtige dabei, Geld von Automatenbetreibern zurück zu erhalten. Die Steirische Volksstimme interviewte den mit den Klagen beauftragten Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer.



Der Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer beschäftigt sich mit der Glücksspielproblematik in Österreich.

Casinos Austria diese Schutzbestimmungen, dann sind sie verpflichtet, Spielsüchtigen den entstandenen Schaden – also die Spielverluste – zu ersetzen.

Gilt diese Rechtsprechung auch für Automatenbetreiber, obwohl diese nicht dem Glücksspielgesetz unterliegen?

Meines Erachtens ja. Das Glücksspielgesetz ist nur dann nicht anwendbar, wenn der Spieleinsatz 50 Cent und der

mögliche Gewinn 20 Euro nicht übersteigt. Diese Schutzvorschrift wird von Automatenbetreibern aber oft verletzt. Durch die Begrenzung der Einsätze und der Gewinnmöglichkeiten wollte der Gesetzgeber gerade vermeiden, dass Spielsüchtige ihre Existenzgrundlage gefährden. Daher müsste der OGH auf Grund seiner bisherigen Rechtsprechung auch Ersatz zusprechen, wenn ein Spielsüchtiger sein Geld an Automaten verspielt hat, die höhere Einsätze erlaubt haben.

Wie kann man beweisen, dass Spielautomaten höhere Einsätze zulassen?

Man hört immer wieder, dass Automaten manipuliert werden. Das heißt, dass diese bei Kontrollen nur Einsätze bis 50 Cent zulassen, im „Normalbetrieb“ aber mehr als das Zehnfache. Hier wäre es wichtig, dass der Spielsüchtige Zeugen benennen kann, die gesehen haben, dass der Automat auch höhere Einsätze zulässt.

Wie kann ein Spielsüchtiger die Höhe seiner Verluste nachweisen? Spieler führen ja keine Aufzeichnungen über ihre Spieleinsätze!

Wenn der Spielsüchtige über geordnete Unterlagen verfügt, erleichtert das natürlich die Prozessführung. Der Spielsüchtige muss aber nicht jeden einzelnen Einsatz aufzeichnen. Auch durch Abhebungen vom Bankomaten, Zeugenaussagen von Verwandten oder anderen Spielern kann der Nachweis der Höhe der Spielverluste erbracht werden. Das österreichische Prozessrecht sieht auch vor, dass die Gerichte die Höhe eines Schadenersatzbetrages schätzen können, wenn

dem Grunde nach feststeht, dass ein Anspruch gegeben ist.

Mit welchem Prozesskostenrisiko muss ein Geschädigter rechnen? Das Risiko kann beträchtlich sein. Über die Jahre ergeben sich meist verspielte Beträge von mehreren zehntausend Euro. Die Prozess- und Gerichtskosten sind umso höher, je höher der Betrag ist, den man einklagt. Wer sich durch seine Spielsucht ohnehin schon um seine Existenz gebracht hat, kann dieses Risiko wohl kaum schultern.

Welche Möglichkeiten bleiben Geschädigten, die sich einen Prozess nicht leisten können?

Wenn eine aufrechte Rechtsschutzversicherung besteht, ist es sinnvoll zu prüfen, ob diese den Prozess finanziert. Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, Verfahrenshilfe zu beantragen.

Steirische Volksstimme: Herr Dr. Ehrnhöfer, wer an einem Glücksspiel teilnimmt, muss doch damit rechnen, dass er verliert. Gibt es dennoch Beispiele, wo Spielsüchtige erfolgreiche Klagen gegen Casinobetreiber eingebracht haben?

Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer. Ja! Diese Rechtsprechung betrifft aber bisher nur das Glücksspielmonopol des Bundes, das im Glücksspielgesetz geregelt ist. Der Oberste Gerichtshof hat erstmals 1999 entschieden, dass einzelne Bestimmungen des Glücksspielgesetzes auch dem Schutz des einzelnen Spielers dienen. Missachten zum Beispiel die



In der Steiermark gibt es die höchste Dichte an Spielautomaten im deutschsprachigen Raum, die Spielsucht steigt rasant an. Der offizielle Suchtbericht des Landes Steiermark spricht eine deutliche Sprache: Zwischen 60.000 und 80.000 Menschen sind direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffen. Trotzdem haben es SPÖ und ÖVP nicht eilig, endlich etwas zu unternehmen, kritisiert Ernest Kaltenegger von der KPÖ.

DAS FORDERT DIE KPÖ

- **Verbot des Geldscheineinzuges** bei Spielautomaten, Einhaltung des gesetzlichen Höchsteinsatzes von 50 Cent.
- **Standortabgabe** auf Wettcafés und Erhöhung der Abgabe auf Automaten auf Wiener Niveau.
- Festlegung einer **Mindestdauer**, damit nicht so schnell gespielt werden kann. Derzeit können in einer Minute problemlos mehr als 100 Euro verspielt werden.
- **Jugendschutz, Therapieangebote für Spielsüchtige**

<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>



Protest: Pflegeheime werden zum Spekulationsobjekt, ihre Eigentümer verdienen bestens. Aber das Pflegepersonal wird schlecht entlohnt. Zu Jahresbeginn protestierten Zehntausende in ganz Österreich gegen die schlechte Bezahlung im Pflegebereich (Bild: Kundgebung in Graz). Die KPÖ unterstützt die Anliegen der Beschäftigten im Pflegebereich: bessere Bezahlung und weniger Arbeitsdruck.

DIE PFLEGEFALLE Angehörige bleiben auf der Strecke

Erst kam die Pflege und mit ihr der berufliche Ausstieg. Nach acht Jahren folgte die Scheidung. Frau S. stand völlig mittellos da.

„Als ich begonnen habe, mich um meinen Schwiegervater zu kümmern, war gerade meine jüngste Tochter zur Welt gekommen“, erzählt Susanne S.* Nach der Karenzzeit musste Frau S. feststellen, dass sie ihren Schwiegervater tagsüber nicht mehr allein lassen konnte. Sie gab die Arbeit, die sie davor ausgeübt hatte, auf.

Erst Pflege – dann Scheidung

Mehrere Jahre war Frau S. mit ihrem Ehemann mitversichert. Acht Jahre lang betreute sie ihren Schwiegervater. Die Betreuung wurde sowohl physisch als auch psychisch zur Herausforderung: Abnüt-

zungerscheinungen am Knie und an der Schulter machten ihr zu schaffen. Sie litt immer häufiger an Migräne. „Ab der Pflegestufe fünf wurde die Betreuung meines Schwiegervaters zum 24-Stunden-Job. Ich konnte keine einzige Nacht mehr durchschlafen und war tagsüber permanent müde“, erzählt Frau S. Vor rund einem Jahr ist der Schwiegervater verstorben. Erst die letzten beiden Wochen seines Lebens verbrachte er in einem Pflegeheim. Sechs Monate nach dem Tod ihres Schwiegervaters wurde die Ehe von Frau S. geschieden.

Finanzielle Folgen

„Ich ging zum Arbeitsamt, wo man mir sagte, dass ich keinerlei Ansprüche hätte. Obwohl ich da gemeldet war, bekam ich vom AMS kein einziges Jobangebot“, berichtet Frau S. Glücklicherweise

gelang es ihr, selbst eine Vollzeitbeschäftigung zu bekommen, von der sie sich und ihre Kinder ernähren kann. Welche Auswirkungen die fast achtjährige Pause von der Berufstätigkeit auf ihre Pensionsansprüche haben wird, weiß sie heute noch nicht.

Weg zurück erleichtern

Wie Susanne S. geht es vielen Frauen in der Steiermark. Nach wie vor werden nahezu 80% der Pflegebedürftigen von – zumeist weiblichen – Angehörigen betreut. Der Gesetzgeber lässt sie völlig im Regen stehen.

Die KPÖ fordert daher, dass Frauen (oder auch Männer), die das Berufsleben verlassen, um Angehörige zu pflegen, während der pflegebedingten beruflichen Auszeit Versicherungs- und Pensionszeiten erwerben. Außerdem sollten sie nach deren Beendigung

automatisch Anspruch auf finanzielle Unterstützung und kostenlose Wiedereinstiegshilfen (Kurse...) haben, damit sie den Weg zurück in den Beruf finden.

Für Frau S. kämen diese dringenden Maßnahmen freilich zu spät.

INFO ALTENPFLEGE

Wie wollen wir Pflege?



KPÖ-Broschüre zur Pflege: Bestellungen: KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at

*) Name der Redaktion bekannt

HELFFEN STATT REDEN

- KPÖ in den Gemeinderat!



Liste 3 – KPÖ in der Gemeinde!

Am 21. März finden Gemeinderatswahlen statt. Wir stellen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bzw. Kandidaten der „Liste 3 – KPÖ“ vor und rufen zum gemeinsamen Handeln auf: Für mehr Gerechtigkeit, für eine faire Verteilung des Geldes, für eine Millionärssteuer, für Hilfe in Notlagen. Wir haben nicht in allen Gemeinden die Möglichkeit zu einer Kandidatur, aber wo es möglich ist rufen wir auf: Unterstützen Sie die Liste 3 – KPÖ



Frohnleiten und Peggau: Probleme mit dem Müll

Frohnleiten und Peggau sind zwei Gemeinden, bei denen es Probleme mit dem Müll gibt. In Peggau geht es dabei um den Gestank durch die Firma Zuser, in Frohnleiten vor allem um die finanziellen Probleme für die Gemeinde.

neuer Schlag: Der Konkurs der Müllfirma UEG.

Die Firma ABL (Abfallbehandlung-Logistik Frohnleiten GmbH) betreibt in Frohnleiten eine Klärschlamm-trocknungsanlage. Zum Einsatz kommt ein Bandrockner. Zur Trocknung wird die Abwärme von zwei Blockheizkraftwerken genutzt, die zur Verstromung von Deponiegas der Deponie Frohnleiten dienen.

Diese Firma gehört zu 50 % der UEG Tochter RSVG-VH und zu 50 % den Gemeindebetrieben Frohnleiten.

Die Gemeinde muss rasch klären, wie es mit dieser Firma weitergeht, damit es zu keinen

weiteren finanziellen Problemen kommt.

In Peggau ist die Firma Zuser eine „Problemfirma an einem Problemstandort“ (Kleine Zeitung). Und sie will ihren Betrieb erweitern, obwohl es Klagen der Bevölkerung wegen des Gestanks gibt, der auch die Volksschule und den Kindergarten überzieht.

Die Proteste des Vorjahres haben wenig gefruchtet.

„Die Anlage in diesem ohnehin belasteten Ort macht viel Ärger. Zugleich hält Zuser die vorgeschriebenen Müllmengen auf den Lagerflächen nicht ein“, so ein Vertreter der Landesregierung gegenüber

der Kleinen Zeitung. Diese „Überlagerungen“ seien auch aktenkundig, sie würden auch immer wieder zu Bränden auf dem Gelände führen, wie zuletzt 2007.

Trotzdem will der Betrieb sogar um weitere 40.000 Quadratmeter für ein Ballenlager erweitern und von derzeit 300 auf etwa 150 Meter an den Ort heranrücken.

Die Firma Zuser führt auch die Müllentsorgung für die Gemeinde durch.



Nach der UEG-Peite ist es wichtig, dass die Müllentsorgung wieder in gemeinwirtschaftliche Hände kommt.

Die oben richter
Wir zahlen die Z

Für Gerechtig



www.kpoe-steiermark.at

K
im

Gemeinderatswahl 21. März 2010

FROHNLEITEN:

Für Jugend und Umwelt

Als die KPÖ das letzte Mal in Frohnleiten bei einer Gemeinderatswahl kandidiert hat, im Jahr 1970, waren seine Eltern noch junge Leute. Der Spitzenkandidat der KPÖ in der „Perle des mittleren Murtales“ – wie Frohnleiten oft genannt wird, Markus (Mäx) Liebmann, ist nämlich erst 19 Jahre alt – und damit einer der jüngsten Spitzenkandidaten bei dieser Wahl überhaupt.

Max Liebmann: „Ich bin Maschinenbautechniker. Meine Lehre habe ich bei Mayr-Melnhof absolviert und abgeschlossen. Menschen in meinem Alter haben es immer schwerer, in einem Beruf Fuß zu fassen. Deshalb bin ich ge-

gen alle Verschlechterungen bei den Rechten für Lehrlinge und gegen die unsicheren Arbeitsverhältnisse, die immer öfter die einzigen Beschäftigungsmöglichkeiten sind, die angeboten werden.

Ich will mich für die Jugend und für wichtige soziale Anliegen der Bevölkerung einsetzen. Dazu gehört auch die Frage der Umwelt: Mit einer Mülldeponie und einer Karton- und Papierfabrik in der Gemeinde gibt es da viel zu tun. Auch das Verkehrsproblem ist nicht völlig gelöst.

Daher sehe ich mich auch als Ansprechpartner für Grün-Ideen in unserer Gemeinde.

Das Profitstreben darf nicht Vorrang vor den Lebensinteressen der Bevölkerung haben.

In den letzten fünf Jahren haben wir in Frohnleiten drei Bürgermeister gehabt. Zuerst hat es Herr Thomann versucht, bis er als Geschäftsführer der Gemeindebetriebe und als Bürgermeister zurücktreten musste. Dann ist der Betriebsratsvorsitzende von MM-Karton, Manfred Grundauer gekommen, der aber schon sehr bald das Handtuch geworden hat. Jetzt versucht es Johann Ussar. Das zeigt, dass die Müllproblematik mit ihren finanziellen Folgen nicht so klein ist, wie die Mehrheitspartei behauptet.“



Markus Liebmann,
Kandidat der
Liste 3-KPÖ bei der
Gemeinderatswahl am
21. März in Frohnleiten

KÖFLACH: ELKE MARCHAND

Ein soziales Gewissen

Elke Marchand (47) übt als Diplomfrühförderin einen heilpädagogischen Beruf aus und arbeitet im Sozial- und Behindertenbereich. Sie tritt am 21. März in Köflach für die KPÖ an.

Zur KPÖ ist sie gekommen, weil sie gesehen hat, dass diese Partei nicht nur redet, sondern Menschen mit sozialen Problemen auch ganz konkret hilft, zu ihren Rechten zu kommen.

Elke Marchand: „Ich möchte für die KPÖ in den Gemeinderat, um das soziale Miteinander in Köflach wieder mehr aufleben lassen. Dabei ist es mir wichtig, zu zeigen, wofür wir von der KPÖ stehen, statt andere niederzumachen. Wir wollen so weiterarbeiten, wie das Ernest Kaltenegger gezeigt hat. Es ist wichtig, etwas zu tun, statt große Sprüche zu führen.“

In Köflach, wo es große finanzielle Probleme gibt, ist die Kontrolle im Gemeinderat besonders wichtig.

Elke Marchand: „Die Sozialsprechstunde der KPÖ in Voitsberg ist eine große Hilfe für viele Menschen und wird gut angenommen. Auch in Köflach wird es Sozialsprechstunden geben, wenn wir in den Gemeinderat kommen.“

Wohnen muss günstiger werden. Es war ein schwerer Fehler, dass die Stadt ihre Gemeindewohnungen verkauft



Elke Marchand,
Kandidatin der
Liste 3-KPÖ bei der
Gemeinderatswahl am
21. März in Köflach

hat. Wir brauchen nämlich Wohnungen zu günstigen Mieten. Es kann nicht sein, dass man die Hälfte des Einkommens für das Wohnen ausgeben muss. Die KPÖ fordert einen Kautionsfonds und ein städtisches Wohnungszahlungsmodell wie in Graz.“

n sich's -
eche

gkeit!

PO
Gemeinderat

MITEINANDER
STATT GEGENEINANDER

KPÖ
LISTE 3

Gemeinden – knapp vor dem Ruin

Die Geltungssucht so mancher Bürgermeister bringt viele Gemeinden in Geldnöte.

Trieben, Fohnsdorf, Köflach, Gosdorf – in der Schuldenfalle stecken viele Bürgermeister, die sich mit gewagten Projekten Denkmäler setzen wollen.

Der Aussichtsturm in Gosdorf bereitet dem SPÖ-Bürgermeister und Landesgeschäftsführer Anton Vukan große Sorgen. Nicht nur der Größe des Turms wegen, sondern wegen der Größe des Minus, das dem Gemeindekonto droht. Rund 350.000 Euro sollte der Aussichtsturm in Form einer Doppelhelix kosten. Dann sind die Baukosten explodiert. Derzeit streitet man um 1,5 Millionen Euro – die Höhe des Jahresbudgets der Gemeinde.

Die Therme Aqualux in Fohnsdorf – Teil des nie verwirklichten „Projekts Spielberg“ – stürzte die Gemeindefinanzen in Turbulenzen. Wenn es nach der KPÖ geht soll Aqualux eine Therme mit sozialen Preisen werden ohne auf den Gewinn zu schauen.

Trieben wurde unter Zwangsverwaltung gestellt, weil man beim Schuldeneintreiben zu nachsichtig war. Köflach sitzt auf 40 Millionen Euro Schulden, Sinabelkirchen auf 20 Millionen Euro. Das „Europeum“ in Mariazell stürzte gleich vier anliegende Gemeinde in Schulden.

Der größte Schuldenmacher im Land ist freilich der Grazer ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl. Seit er 1998 als Finanzstadtrat angefangen hat, ist der Grazer Schuldenberg von rund 500 Millionen auf mehr als eine Milliarde Euro gewachsen.

AUSGEZEICHNETE VERDIENSTE

Orden für Geschäftemacher

Verurteilte Parlamentarier, jobvernichtende Industrielle, Geld verspekulierende Banker, staatstreue Entertainer – sie alle tragen höchste Orden.

Peter Westenthaler kennt keinen Genierer. Der BZÖ-Mann kam beim Grazer Opernball vorbei und stellte dort sein „Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik“ zur Schau. Westenthaler wurde allerdings

wegen falscher Zeugenaussage verurteilt. Ein Orden für Lügner?

Tatsächlich sind Orden in Österreich kein Hinweis auf ehrenhaftes Verhalten. Abgeordnete müssen im Nationalrat nur drei Jahre absitzen, dann sind sie ordensreif. Das selbe gilt für Minister. So bekamen Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ), Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) und Neo-EU-Kommissar Johannes Hahn ihre Verdienstabzeichen un-

längst gerade 8 Tage nach Ablauf der Mindestzeit umgehängt; genau rechtzeitig zum Herzeigen in der Ballsaison.

Auch dekorierte Wirtschaftsmagnaten müssen nicht unbedingt ein moralisches Vorbild sein. So bekamen die einstigen Bawag-Chefs Johann Zwettler und Helmut Elsner das Große Goldene Ehrenzeichen. Beide saßen im Rahmen des Bawag-Skandals auf der Anklagebank, Elsner ist nach wie vor in Haft.

Orden für Jobvernichter

Nicht weniger gruselig wird es, wenn man ein Auge auf andere Trägerinnen und Träger des „Großen Goldenen Ehrenzeichens am Band für Verdienste um die Republik“ wirft. Da findet man Hannes Androsch. Der AT&S-Eigentümer hat 2009 hunderte Jobs gestrichen, um im letzten Quartal das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte einzufahren. Für ihn hat es sich ausgezahlt, die Menschen in Leoben zahlen den Preis.

Orden trotz Skandalen

Mit dem selben Orden darf sich Karlheinz Grasser schmücken. Der ehemalige FPÖ/ÖVP-Finanzminister erlangte durch die Verwicklung in viele Skandale zweifelhaften Ruhm. Zuletzt, weil zwei seiner Freunde beim Verkauf der Buwog-Wohnungen mit 10 Millionen als Beraterhonorar bedacht wurden. Dagegen ist die Sache um die Möpfe seiner Fiona nur ein Klacks.

Das Große Goldene bekam weiland auch Formel-1-Zampano Bernie Ecclestone. Er vertuschste sich bald darauf mit dem GP-Zirkus aus Österreich.



Welchen Reiz Orden ausüben, davon können Sie sich selbst überzeugen: Noch bis 11. April zeigt das Landesmuseum Joanneum im Münzkabinett des Schloss Eggenberg in einer Sonderausstellung die Orden seines Gründers: Erzherzog Johann, der Ausgezeichnete. Foto: LMJ

FREUNDERLWIRTSCHAFT UND KORRUPTION

Millionen für „Beratung“

250 Euro pro Stunde, 800 Euro pro Tag, 10 Millionen für einen „Tipp“ – Berater der Politik cashen gewaltig ab. Meist auf unsere Kosten.

Die Umverteilung von Staat zu Privat kennt viele Wege: Ein beliebtes Weg von Politiker, „guten Freunden“ Geld zukommen zu lassen ist die Tätigkeit als „Berater“. Für gutes Geld, versteht sich. Millionen an Steuergeld werden auf diese Weise verteilt und verpulvert. Einige Beispiele für eine verhängnisvolle Praxis:

2001 setzte die Stadt Graz einen „Weisenrat“ für den Teilverkauf der Stadtwerke ein. Die fünf Berater bekamen dafür 3,5 Millionen Euro. Einer der „Weisen“, Univ.-Prof. Waldemar Jud, kassierte später als Berater der Estag über Monate einen Stundenlohn von 960 Euro.

Bundeswohnungen verkauft

Gegen den Wahnsinn rund um den Verkauf der Bundeswohnungen an die Immobilienfinanzierung ist das allerdings noch bescheiden. 10 Millionen Euro bekamen die FPÖ-Parteigänger Walter Meischberger und Peter Hohegger auf ein zypriotisches Briefkasten-Konto überwiesen. Aufs Versteuern haben sie vergessen, Selbstanzeigen retteten beide Berater vorerst vor dem Kadi. Mitten drin im Buwog-Verkauf saß der damalige Finanzminister Karlheinz Grasser, dessen Trauzeugen Meischberger ist.

Hypo Alpe Adria

Und dann ist da ein gewisser Dietrich Birnbacher. Der Wirtschaftstreuhand hat

Jörg Haider (BZÖ) und Josef Martinz (ÖVP) beim Verkauf der Hypo Kärnten beraten und dafür 6 Millionen Euro kassiert.

In der Steiermark glänzt derzeit die SPÖ mit horrenden Beratergagen. Zur Rettung der Therme Fohnsdorf hat man den Ex-Berater von Landeshauptmann Franz Voves angeheuert. Der bekommt pro Tag 800 Euro. Zusätzlich hat man ein Team aus Anwälten und Wirtschaftsprofis engagiert – um 250 Euro pro Stunde.

Österreichische Staatsbürgerschaft für Geld

Mitunter handeln auch Politiker selbst beratend. So wie der Kärntner FPÖ/FPK-Chef Uwe Scheuch. Der bot einem russischen Investor die österreichische Staatsbürgerschaft an, wenn er eine stattliche Summe „spendet“. Ähnliche Vorgänge gab es bei den Salzburger Festspielen. Auch dort wurde reichen Nicht-EU Bürgern die Staatsbürgerschaft gegen Spenden und Sponsoring „verkauft“.



Mit Unterstützung von BZÖ Funktionären und dem Geld russischer Investoren durfte Patrick Friesacher Formel-1-Pilot beim damaligen Minardi-Team werden. Zum Dank gabs für die Geldgeber zwei Jahre später die Staatsbürgerschaft

KURZ BERICHTET**Kalte Dusche**

Nach dem Verbot der 100-Watt-Glühbirne hat es die EU in ihrer Regulierungswut erneut auf die Haushalte abgesehen. Im Zuge der „Ökodesign-Regeln“ will man nun viel Wasser verbrauchenden Duschköpfen und Wasserhähnen den Garaus machen. Durch den Einsatz von Sparköpfen spare man Warmwasser und damit Energie, heißt es bei unserer Zentralregierung in Brüssel.

Post am Ende?

Sogenannte Postpartner sollen zugespernte Postämter ersetzen. Ob Tankwarte, Autohändler oder TrafikantInnen ein gleichwertiger Ersatz für Postämter sind, sei dahingestellt. Immerhin reicht für letztere ein 3-Tage-Kurs als Einschulung. Dazu kommt, dass die Sparpläne der Post zu Lasten des Personals gehen. „So werden tausende Arbeitsplätze vernichtet“, kritisiert KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, „seit die Post eine AG ist, regieren dort die Interessen der Aktionäre. Die wollen möglichst viel Geld aus dem Unternehmen pressen, der Auftrag die Leute zu versorgen spielt dabei keine Rolle“.

ÖBB Geheimplan: Zusperrern und Stilllegen

Im Februar ist ein neuer Geheimplan der ÖBB bekannt geworden, der die Stilllegung von Nebenstrecken in allen Bundesländern und die Ausdünnung des Taktverkehrs bei Schnellverbindungen vor allem auf der Südbahnstrecke und bei der Verbindung Graz-Bischofshofen vorsieht. KPÖ-Vorsitzender Parteder: „Die aktuellen Vorhaben der ÖBB sind ein Horror. Damit soll ein Privatisierungsklima geschaffen werden. Dabei wäre ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs gerade jetzt wichtig!“

EUROPÄISCHE LEBENSMITTEL, GARANTIERT KÜNSTLICH

Steirischer Killerkäse mit EU-Fördergeld

Sieben Menschenleben hat der Genuss von die Käsezeugnissen der Firma Prolactal bis dato gefordert. Jetzt entspinnen sich rund um das Unternehmen mit Sitz in Linz und Produktionsstätte in Hartberg unangenehme Fragen. Nebulös: die Rolle der Steirischen Wirtschaftsförderung (SFG).

Im Februar 2008 war die Welt noch in Ordnung bei Prolactal. Eben hatte das Land Steiermark dem Milchprodukt-erzeuger im Rahmen des „TechforTaste“-Awards den „Sonderpreis Industrie“ zuerkannt. Prämiert wurde Prolactals „Lactoid 16“. Das „supersaure Molkenpulver“ schaffte es nicht zum medialen Dauerbrenner, dafür sorgt das Unternehmen seit Wochen mit seinen mit Listeria-Bakterien verseuchten Käseprodukten für Aufregung.

Milch aus Holland

Sieben Menschen sind bislang an den Folgen des Listeriose-Ausbruchs durch den steirischen Käse gestorben.

Erst letzte Woche konnte ein weiterer Todesfall – ein 57-jähriger Niederösterreicher starb im Dezember letzten Jahres – dem „steirischen“ Quargel zugeordnet werden. Allzu „steirisch“ ist das Produkt nicht, wie KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler betont. „Die Milch, die von der Firma Prolactal verwendet wird, stammt gar nicht aus der Steiermark, sondern aus Holland und Deutschland. Das ist ein Etikettenschwindel und eine Täuschung der Konsumentinnen Konsumenten.“

Es geht um EU-Förderungen

Klimt-Weithaler stößt sich allerdings auch an einem anderen Umstand. Prolactal hat

allein im Jahr 2007 EU-Förderungen im Ausmaß von rund 760.000 Euro erhalten (siehe <http://www.transparenzdatenbank.at>). „Die EU selbst erzeugt durch ihre Förderpolitik einen künstlichen Markt für solche Schummelprodukte, die die regionalen Strukturen durch Billigkonkurrenz zerstören“, so die KPÖ-Frontfrau. Gefördert wurde Prolactal nicht nur von der EU. Auch die Steirische Wirtschaftsförderung (SFG) förderte 85.000 Euro für ein Beratungsprojekt Prolactals im Jahr 2009. Ausbezahlt, so versichert man, sei das Geld bislang noch nicht. Über weitere Geldflüsse schweigt sich die SFG aus.

Unterdessen sind auch Zweifel an den Kontrollinstrumentarien bei Prolactal aufgetaucht. Bereits am 18. Februar berichtete die APA unter Berufung auf einen „Insider“ von „schlampigen“ Hygienezuständen im Hartberger Werk.

Demnach sollen Prolactal bereits seit September letzten Jahres auf Listerien positiv getestete Käseproben bekannt gewesen sein. Die Geschäftsleitung habe daraufhin erfolglos nach der Kontaminationsursache gesucht, allerdings keine Rückholaktion gestartet. Diese leitete das Unternehmen erst Ende Jänner ein, nachdem die Experten der Agentur für Gesundheit und Ernährungsicherheit (AGES) einen Zusam-

menhang zwischen den teils tödlichen Listerien-Infektionen und dem „Hartberger Quargel“ nachweisen konnten.

Kontrolle durch Partner

Seitens Prolactal wird darauf verwiesen, dass sämtliche Proben unter den vorgeschriebenen Grenzwerten gelegen hätten. Jede einzelne Charge sei demnach von einem externen Institut, der Firma Hygienicum, überprüft worden. Was Prolactal verschwieg: Mit Hygienicum pflegt Prolactal schon seit Jahren beste geschäftliche Kontakte. Beide Unternehmen stellen jeweils sieben Prozent des Lebensmitteltechnologieclusters TechforTaste, der Prolactals Molkenpulver einst prämierte. Weitere sieben Prozent bringt das Unternehmen Enertec ein, die restlichen 79 Prozent - Überraschung! - die Steirische Wirtschaftsförderung (SFG). Martin Novak, Pressesprecher von „TechforTaste“, sieht darin keine Unvereinbarkeit. „Beide Unternehmen arbeiten untadelig. Daran gibt es keinen Zweifel“. Und auch aus dem Headquarter von Prolactal wird verlautbart, Hygienicum habe „stets gute Arbeit geleistet“. Hygienicum-Geschäftsführer Michael Stelzl war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Prolactal selbst hat seine Gesellschaftertätigkeit bei TechforTaste indes ruhend gestellt. Schließlich sehe man sich gegenwärtig außerstande, „so aktiv und engagiert im Lebensmittelcluster mitzuarbeiten, wie es unseren Qualitätskriterien und Ansprüchen entspricht“, heißt es in einem Schreiben an die SFG vom 22. Februar.



Die Abholung der Milch mit Milchkannen gehört längst vergangenen Zeiten an. Aus hygienischen Gründen, das schreibt die EU vor. Trotzdem kommen nun abenteuerliche Vorgänge ans Tageslicht: Eine Linzer Firma produziert in Hartberg Quargel aus holländischer und deutscher Milch, um für das nun österreichische Produkt am europäischen Markt Argarförderungen zu bekommen.

Ferien mit Kinderland

Ob Sommer-, Oster- oder Winterferien – Kinderland hat immer etwas zu bieten. Über 700 Kinder verbringen jährlich einen Teil ihrer Ferien bei Kinderland. Kinder und Eltern stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten von Kinderland.

Aktive Ferien gestalten und kreative Alternativen zu Stress und Langeweile anbieten ist das Ziel von Kinderland Steiermark.

Wenn auch Sie Ihr Kind in den Ferien in guten Händen,

bestens gepflegt, sinnvoll, sowie sportlich gesund „beschäftigt“ wissen wollen, dann: Auf in die Ferien mit Kinderland!

Kosten und Zuschüsse

KINDERLAND Steiermark ist eine gemeinnützige Institution, die sich unter anderem die Aufgabe stellt, die Preise für die Kindererholung so niedrig wie möglich zu halten. Dies ist nur durch die ehrenamtliche Tätigkeit aller unserer MitarbeiterInnen möglich und durch den Umstand, dass mit ihrer Hilfe laufend Verbesserungen in den Ferienheimen getätigt

werden. Ein Kind pro Mitarbeiter/in ist restkostenfrei.

Einige Institutionen wie z.B. Jugendämter, der Magistrat Graz, das Amt für Jugend und Familie Land Steiermark, Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, Betriebsratskörperschaften, Versicherungen und die „Ferienhilfe für Österreichische Kinder“ gewähren Zuschüsse zur Kindererholung, sodass sich der tatsächliche Elternbeitrag erheblich reduzieren kann.

Unsere Mitarbeiter/innen beraten Sie gerne. Fragen Sie unbedingt an.



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Scheinheilig

Bis 2003 gab es die sogenannte „vorzeitige Alterspension für Langzeitversicherte“. Damals konnte man noch mit 37,5 Versicherungsjahren in Pension gehen, wenn man 60 (Männer) bzw. 55 Jahre (Frauen) alt war.

2003 trat die schwarz/blau Bundesregierung mit einer Pensionsreform an, die sie mit der demografischen Entwicklung begründete. Die „vorzeitige“ Alterspension für Langzeitversicherte wurde abgeschafft, die schrittweise Erhöhung des Regelalters auf 65 für Männer und Frauen beschlossen.

Wie scheinheilig beim Thema Pensionsreform argumentiert wird, zeigt sich anhand folgender Beobachtungen:

1. Für die Menschen, deren Lebensarbeitszeit man künstlich verlängert hat, ist gar keine Arbeit da.
2. Mit „Hackeln“ hatte die sog. „Hacklerregelung“ nie etwas zu tun. Sie ist nur die Bezeichnung die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension für Langzeitversicherte.
3. Wer früher in Pension geht – aus welchen Gründen auch immer – muss seit der ÖVP/FPO-Pensionsreform Abschlüsse in Kauf nehmen.

Wirtschaftskammerpräsident Leitl fordert, dass jene, die früher in Pension gehen wollen, noch weniger bekommen sollen. Auf eine freie Stelle kommen aktuell 13 Arbeitslose. Trotzdem will die Wirtschaftskammer verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose.

Eines muss uns bewusst sein: Die kapitalistische Wirtschaft braucht Arbeitslose. Sie werden dazu benützt, die Beschäftigten unter Druck zu setzen.

Ihr Peter Scherz

Kinderland Steiermark
Ferien 2010

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids von 6 bis 15 Jahren

Turnersee „FD“
Für Kinder von 6 bis 15
Am Fuße des Kitzelberges, mit Blick auf den Turnersee mit eigenem Badestrand, In 13 Bungalows mit Vierund Sechsbettzimmer (Stockbetten) Abseits von Straßen und Verkehr, mit eigenen Sportanlagen, finden 190 Kinder unter verantwortungsvoller Betreuung Platz.

Termine: 11.07. bis 24.07. (2 Wochen)
11.07. bis 31.07. (3 Wochen)
01.08. bis 14.08. (2 Wochen)
01.08. bis 21.08. (3 Wochen)

Termin Actionwoche:
25.07. bis 31.07. (1 Woche)
15.08. bis 21.08. (1 Woche)

Spezialangebote in der Kinderlandvilla St. Radegund bei Graz oder im Feriendorf/Kärnten: Actionwochen / Reitwochen oder Familienwochen.

INFORMATION UND ANMELDUNG:
Ferienhotline: 0316/82 90 70
Fax 0316 / 820610 • Mehlplatz 2, 8010 Graz
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
Katalog anfordern oder einfach von der Homepage downloaden
www.kinderland-steiermark.at

AUSZEICHNUNG FÜR FERIENQUALITÄT
LAND STEIERMARK
2009

EINHEITSWÄHRUNG SCHÜTZT VOR KRISE NICHT

Euro-Lüge geplatzt

Gehaltskürzungen, neue Steuern, höheres Pensionsalter: Das alles soll gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden, damit die Finanzwelt ruhig schlafen kann.

Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien bekommen von der EU beinharte Sozialabbau-Pakete vorgeschrieben, damit der Euro nicht in Gefahr gerät. Dazu gehören Gehaltskürzungen, neue Steuern, höheres Pensionsalter.

Damit ist die Euro-Lüge geplatzt: Seit Beginn der Krise haben uns die Meinungsmacher eingeredet, dass EU und Euro uns vor der Krise schützen würden. Die Staatsbankrotte in Ungarn und Lettland wurden sogar als Beweise dafür angeführt. Verschwiegen hat man, dass die lettische Währung schon an den Euro gebunden ist. Das hat dort die Auswir-

kungen der Krise verschärft.

Jetzt ist Griechenland dran. Dahinter steckt politisches Kalkül. Es geht um die Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit all seinen Auflagen und Sanktionen, koste es, was es wolle. Am Beispiel Griechenlands demonstriert die EU, wie man Staaten zu behandeln gedenkt, die sich nicht an die Vorgaben aus Brüssel halten. Tatsächlich hat sich die EU-Kommission mit ihrem jetzigen Diktat Forderungen der Deutschen Bundesbank und der deutschen Kanzlerin gebeugt, die bereits im Dezember 2009 auf entsprechenden Maßnahmen bestanden hatten.

Griechenland wird – nach den Bestimmungen des neuen EU-Vertrages – unter Kuratel gestellt. Der Wirtschaftskurs des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist im Verfassungsrang. Man glaubt daher, die Proteste der Bevölkerung ignorieren zu können. Und die Proteste gegen das EU-Diktat sind groß. Gewerkschaften rufen zum Streik auf, Kleinbau-

ern blockieren Verkehrswege. Parteien wie die KP versuchen, den Protest zu organisieren. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Es geht dabei nicht um irgendwelche „griechische Schlawiner“, es geht um uns. Tatsächlich ist die griechische Schuldenexplosion nicht nur Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, sondern auch Ausdruck kontinentaler ökonomischer Kräfteverschiebungen. Die wirtschaftlichen Divergenzen in der Eurozone zwischen Nord und Süd lassen die wirtschaftspolitischen Interessen auseinanderstreben. Die Währungsunion insgesamt droht unregierbar zu werden, der Euro gerät in Gefahr. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Einheitswährung ausschließ-



lich den Interessen der Banken und Großkonzerne dient und keine sozialen Kriterien und Abfederungen kennt.

Die Milliarden aus den Bankenrettungspaketen werden bei der Masse der Bevölkerung eingetrieben. In diesem Zusammenhang setzt man Verschlechterungen im Sozialsystem durch, die schon lange geplant worden sind.

Wann wird das Österreich treffen? Aufhorchen lässt das Vorhaben der Regierung, den Beschluss über das Bundesbudget 2011 auf nächstes Jahr zu verschieben.

Die Euro-Lüge ist geplatzt. Die Belastung der Bevölkerung ist eine Tatsache.

EUROFIGHTER-KLUB

Trotz Sparprogramm soll Griechenland weiter aufrüsten. Deutschland drängt Athen zum Kauf von Kampfflugzeugen. Griechenland soll Kampfflieger vom Typ Eurofighter kaufen, die von einem Rüstungskonsortium mit Sitz in Hallbergmoos (Bayern) hergestellt werden. Außenminister Westerwelle verlangte Anfang Februar bei einem Besuch in Athen, die dortige Regierung solle sich ungeachtet ihrer akuten Finanznot für den Eurofighter entscheiden.

Zur Erinnerung: Der EU-Vertrag enthält eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten.



Trifft nur die Allerreichsten (2%)
Schafft Arbeit und Wohlstand
Schützt gegen Belastungspakete
Hilft die Löcher im Budget zu stopfen



Wachsen lassen

**SAATGUT MUSS
GEMEINGUT BLEIBEN!**

Vielfalt freisetzen!

Zehn Saatgutkonzerne – unter ihnen Bayer, Monsanto, Syngenta und Limagrain – kontrollieren bereits 67% des weltweiten Saatgutmarktes. Sie beanspruchen Eigentumsrechte an teilweise gentechnisch verändertem Saatgut. Andererseits wollen sie eine starke Einschränkung, wenn nicht gar Verbot aller bäuerlichen, nicht eingetragenen Sorten erreichen um die Agrarmärkte allein kontrollieren zu können und ihre eingetragenen Sorten, die meist nur mit chemischen Düngern, Pestiziden und Bewässerung gedeihen, der ganzen Welt aufzwingen.

Aber nicht diese hochgezüchteten Industrie-Sorten werden die Weltbevölkerung in Zukunft ernähren, sondern die vielfältigen, regionalen und an Klimaveränderungen anpassungsfähigen Sorten.

Sogar der von Weltbank und UNO in Auftrag gegebene Weltagrarbericht IAASTD stellte fest, dass KleinbäuerInnen den größten Teil zur Welt-ernährung leisten. Die 400 WissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt, die den Bericht erarbeitet haben, empfehlen

eine Wende in der Landwirtschaftspolitik hin zu kleineren Strukturen und mehr Vielfalt.

Seit Jahrtausenden schaffen Menschen auf der ganzen Welt diese Vielfalt der Kulturpflanzen. Sie ist Gemeingut und gehört allen. Dass wir über sie

verfügen können, ist grundlegend für unser tägliches Brot und unsere Ernährungssouveränität. Weltweit gewinnen, tauschen und verkaufen etwa Dreiviertel der Bäuerinnen und Bauern bis heute ihr selbst erzeugtes Saatgut.

Freitag, 26. März 2010, 10-18 Uhr
im Grazer Augarten beim Pavillon

Markt der Vielfalt

Saatgutinitiativen
aus ganz Europa zu Gast

Saatgut- & Jungpflanzenbörse
Kulturpflanzen - Vielfalt und Raritäten

Vielfalts-Kulinarik aus der Region
Einkaufen & Verkosten

Seltene Nutztierassen
Produkte & Hühner-Vorführung

Kinderprogramm
Vielfalt schmecken & raten im Pavillon

Workshop für eigenes Saatgut
12, 14 und 15 Uhr beim Pavillon

Büchertisch, Information, Beratung
Saatgutinitiativen aus ganz Europa

Musik - Theater - Performance
Original Union Bar & MaiMUN
Begleitet von Radio Helsinki

www.liberate-diversity-graz2010.org

**5. Treffen der europäischen Saatgutinitiativen
'Let's liberate diversity!'
Vom 25. bis 27. März 2010
im Volkshaus Graz,
Lagergasse 98A.**

Vom 25. bis 27. März 2010 treffen sich in Graz Bauern, Bäuerinnen, GärtnerInnen, ZüchterInnen und VertreterInnen von Initiativen zur Erhaltung, Nutzung und Verbreitung der pflanzlichen und tierischen Vielfalt beim

5. Europäischen Saatguttreffen:

Freitag, den 26.3.
10 bis 18 Uhr Saatguttauschmarkt, den „Markt der Vielfalt“ im Grazer Augarten. Kommt alle, nehmt selbst Samen mit und deckt Euch für die kommende Gartensaison mit seltenem Gemüsesaatgut ein.
Ab 18.15 : Filmvorführung im Volkshaus: „Geraubte Zukunft“, 45min. Der ausgezeichnete Film über Saatgut und Ernährung stellt die Situation in Kanada mit der in Äthiopien gegenüber.

Das Saatguttreffen sowie der Markt der Vielfalt wird von 4 österreichischen Vereinen organisiert: Arche Noah, ÖBV-Via Campesina Austria, Longo mai und der Kulturverein MaiMun.

Bitte einsenden an Longo mai,
Lobnik16 A-9135 Eisenkappel

Keine Patente für Saatgutkonzerne!

Da die Verhandlungen für das neue europäische Saatgutrecht bisher im Stillen zwischen Vertretern der Saatgutindustrie und EU-Funktionären verlaufen, ist Schlimmes zu befürchten. Um darauf Einfluss zu nehmen, ist es notwendig, die Öffentlichkeit für unsere Ziele gewinnen, und wir haben daher die „Saatgutkampagne“ www.saatgutkampagne.org initiiert, die folgende Forderungen stellt:

Wir fordern von der Europäischen Kommission in Brüssel:

- das Recht, Saatgut aus eigener Ernte zu gewinnen, nachzubauen und weiterzugeben;
- die Förderung regionaler Sortenvielfalt durch Unterstützung der ErhalterInnen und ZüchterInnen biologischer Sorten;
- das Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft;
- das Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere;
- ein neues Saatgutzulassungsverfahren, das GVO- und chemieintensive Sorten ausschließt;
- die Reduzierung des hohen Energieverbrauchs in der Landwirtschaft, der durch Einsatz von Industriesorten, Kunstdünger und Pestiziden, durch Monokulturen und weite Transporte entsteht.

NAME	ADRESSE	UNTERSCHRIFT

MENSCHENRECHTSPREIS FÜR MANFRED OSWALD

Kriegsverbrechen aufgedeckt

Der Menschenrechtspreis des Landes geht an Manfred Oswald. Der pensionierte Bundesheer-Oberst setzte viele Zeichen für die zivilen Opfer der Militärgewalt und machte sich damit nicht nur Freunde.

„Gedenkstätten sind Orte des Lernens. Ich hab das alles gemacht, damit die Jugend aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann.“

Oberst. i. R. Manfred Oswald

Militäreinsätze fordern zivile Opfer: Oberst a.D. Manfred Oswald gab ihnen eine Stimme und bekam dafür den Menschenrechtspreis des Landes Steiermark.



Wenn ein Soldat sich kritisch dem Militär gegenüber verhält, macht er sich dort nicht nur Freunde. „Für die Masse der Kameraden war ich ein Nestbeschmutzer“, erzählt Manfred Oswald. Dennoch ließ sich der Fernmelde-Oberst nie davon abhalten, jenen eine Stimme zu geben, die keine mehr hatten: den zivilen Opfern der letzten beiden Weltkriege – und den Helden, die zum Schutz von Zivilisten ihr Leben ließen. Dafür bekam Manfred Oswald jüngst den Menschenrechtspreis des Landes verliehen.

Der Hartnäckigkeit des Offiziers im „Unruhestand“ ist es zu verdanken, dass am Feliferhof ein Mahnmal steht für Verbrechen der Wehrmacht, dass am Thalerhof ein Held gewürdigt wird, dass im Burgtor der Nazi-Gauleiter angeklagt wird. Und Oswald hat noch große Pläne.

Die hatte er erstmals 1958, als er in die Belgierkaserne einrückte. „Da erzählte mir der Koch, dass es hier im 2. Weltkrieg Erschießungskommandos gab als Abschreckung wegen Bagatelldelikten, dass er die Henkersmahlzeit machen musste wie im Mittelalter, dass dort Massengräber sind“, erzählt er, „aber alle anderen haben über diese Verbrechen geschwiegen.“ Für Oswald blieben zwei Möglichkeiten: Abrüsten und ein Leben lang schimpfen oder dabei bleiben und es besser machen. Er entschied sich für Letzteres. Der kaufmännische Lehrling machte die Matura nach, besuchte die Militärakademie und wurde zum moralischen Gewissen des Heeres.

Seine Hartnäckigkeit kostete ihn die Karriere, denn zu Beginn habe es noch viele Wehrmachts-Offiziere und Nationalsozialisten im Bun-

desheer gegeben, für die Kritik unerwünscht war.

Im Lauf von 30 Jahren setzte er durch, dass am Feliferhof dort ein Mahnmal steht, wo 142 Menschen von der Wehrmacht erschossen und ins Massengrab verfrachtet wurden.

Er setzte durch, dass es Gedenkfeiern am jüdischen Friedhof zu Ehren der Getöteten im Ersten Weltkrieg gibt.

Er machte öffentlich, dass am Thalerhof im Ersten Weltkrieg mehr als 2200 Menschen durch die k.u.k.-Armee „im ersten Konzentrationslager der Geschichte elendiglich zugrunde gingen“.

Und er grub sich durch Archive und Bibliotheken und deckte das Leben von Sigfried Uiberreither auf: Der ehemalige steirische Nazi-Gauleiter ließ hunderte Steirerinnen und Steirer hinrichten und lebte den-

noch bis 1984 als angesehener Mann unter falscher Identität in Freiheit. Seit 2008 gibt es ein Mahnmal in Graz.

Oswald hofft auf mehr: Im Burggarten beim Tränenkanal soll den 72.000 zivilen Opfern des 2. Weltkriegs in der Steiermark ein Denkmal gesetzt werden. Und er wartet auf die Seligsprechung von Josef Ritter von Gadolla. Der Grazer war 1945 Stadtkommandant von Gotha und verweigerte den Befehl, die dem Untergang geweihte Stadt bis zum letzten Schuss zu verteidigen. 10.000 Menschen wurden gerettet, Gadolla von der SS verhaftet und erschossen.

„Ein wahrer Held“, so Oswald. Dank ihm steht am Thalerhof ein Gadolla-Gedenkstein: „Und es wäre das höchste für mich, wenn Gadolla selig gesprochen wird, der sein Leben geopfert hat für andere.“

Andere Energie ist möglich!

Über Auswege aus der Energiemisere diskutierten auf Einladung des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark von 22.-24. Jänner rund 30 GewerkschafterInnen, KlimaaktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus vier Kontinenten und ebenso viele Interessierte aus der Steiermark.



77 Tage dauerte die Besetzung des Ssangyong-Werkes in Südkorea durch die Beschäftigten. Jung Sik Hwa, einer der Organisatoren, berichtete beim Energy-Seminar in Graz.

Tagtäglich erreichen uns neue Horrorbotschaften über den Zustand der Welt. Die Wirtschaft kommt nicht in Gang, die Erderwärmung steigt, die Ölquellen versiegen. Wie aber hängen Energie- und Wirtschaftskrise zusammen? Einig waren sich die Teilnehmer/innen des dreitägigen Energy Seminar 2010 darin, dass Energie eines der zentralen Produktionsmittel darstellt. George Caffentzis illustrierte dies anhand der Ölindustrie. Unter den zehn umsatzstärksten Unternehmen der Welt befinden sich sieben Ölkonzerne. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist alleine schon deswegen aufs Engste mit der Energiekrise verknüpft. Jede „Lösung“ der Krise muss über den Weg einer Neustrukturierung des Energiesektors führen.

Konsumenten aller Länder vereinigt euch!?

Politiker und Journalisten versuchen uns weiszumachen, dass unser Verhalten als Konsument der entscheidende Beitrag wäre, um das Ruder noch einmal herumzureißen. Entscheidend ist aber nicht die Frage, was wir konsumieren, sondern was wir produzieren. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist der globale Energieverbrauch jedes Jahr gestiegen. Nur ein einziges Mal

gab es einen Rückgang, und es waren nicht Regulationsmaßnahmen der Regierungen oder die Sparlampen in unseren Wohnungen, die dieses „Wunder“ möglich gemacht haben, sondern die Wirtschaftskrise. In der Krise wird einfach weniger produziert.

Klimagipfel hat versagt

Trotz des Totalversagens beim Klimagipfel in Kopenhagen letzten Dezember ist klar, dass in den nächsten Jahren eine Trendumkehr in der Energienutzung stattfinden muss. Es führt kein Weg daran vorbei, die Ausbeutung fossiler Energieträger durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu ersetzen. Aber die entscheidende Frage ist nicht, welche Form der Energie den Kapitalismus am Laufen hält, sondern unter welchen Rahmenbedingungen dies passiert. Kolya Abramsky, einer der Organisatoren des Seminars, wies in seinem Referat darauf hin, dass der Kapitalismus ursprünglich nicht auf fossile Energieträger angewiesen war. Die historische Basis waren erneuerbare Energien. Der Kapitalismus habe ökologische Krisen überlebt und werde dies auch in Zukunft tun. Erneuerbaren Energien automatisch

eine fortschrittliche Rolle zuzuschreiben, ist Abramsky zufolge vollkommen naiv.

Die Zukunft wird im Kampf entschieden, nicht auf Konferenzen

Technik ist immer in gesellschaftliche Verhältnisse eingebunden und damit niemals neutral. Es wird also nicht bloß eine Frage der Energieform sein, sondern entscheidend wird sein, ob diese Energie der Zukunft unter öffentlicher, gemeinschaftlicher Kontrolle produziert wird. Eine Perspektive, die wohl nur über harte gesellschaftliche Auseinander-



Weitere Informationen zu
Veranstaltungen und Bestellung
von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im

Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

setzungen zu verwirklichen sein wird. Einen bleibenden Eindruck hat in diesem Zusammenhang der südkoreanische Autogewerkschafter Jung Sik Hwa hinterlassen, der von der Besetzung des Ssangyong-Werkes berichtete. Seine Botschaft: Die Zukunft wird nicht an Konferenztischen, sondern in sozialen Kämpfen entschieden.

Auf der Homepage des KPÖ-Bildungsvereins gibt es eine ausführliche Dokumentation des Seminars. Einer Broschüre zum Thema ist in Vorbereitung.



Das Österreichische Sozialforum findet dieses Jahr in Leoben statt. Alternative Vereine und Bewegungen sind zur Teilnahme und Eigeninitiative bei der Ausrichtung von Veranstaltungen aufgerufen. Die Leobener AktivistInnen stellen die Infrastruktur zur Verfügung.

VERANSTALTUNGEN:

REISE: Zentralverband der Pensionisten Stmk

Insel KRK Baska
Mo. 14. bis Sa. 19. Juni 2008



6-Tages-Fahrt mit Halbpension
€ 295,00
im Doppelzimmer
Anmeldungen unter
Tel. 0316/71 24 80

**AMSEL-
Für Arbeitslose**

Möglichkeit für Menschen ohne Arbeit, sich mit ihresgleichen auszutauschen

0681 / 102 703 42

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!

<http://www.amsel-org.info>

KLEINANZEIGEN

Haus gesucht

Leibnitz: Junge Familie mit zwei Kindern (9/15) sucht dringend ein Haus auf Leihrente oder Mietkauf. Tel. (0676) 70 05 151.

JEDEN FREITAG • 18 UHR
KARL-DREWS-KLUB GRAZ
(Lagergasse 98a, rechts neben Volkshaus
Kontakt: graz@kjoe.at * 0676 / 789 71 91)

WWW.KJOE.AT **KJÖ**



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten... Folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Pokerface, ein einjähriger Kater, kam klein zu uns. Hat eine hübsche Zeichnung mit dem „magischen M“.



Jerry, ein 10-jähriger Jagdhundmischlingsrüde, ist sehr lebhaft. Er mag leider keine anderen Rüden, ist aber sehr brav.



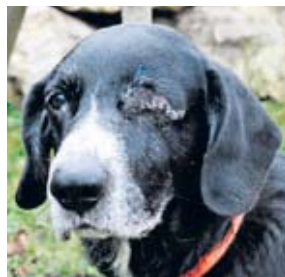
Manfred ist ein kastrierter Kaninchen-Rammler. Er wurde ausgesetzt.



Chilli, ein ca. 6 jähriger Kater, kastriert und scheu. Ist seit 2004 bei uns im Heim!



Meerschweinchen **Franz**, geb. im Juli 08. Sein Besitzer wurde zum Pflegefall.



Der 11-jährige Jagdhundmischling **Benno** war lange arm dran. Wir mussten ein Auge operativ entfernen. Für einen echten Tierfreund.

kinderland Steiermark

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

OSTERWOCHE
in ST. RADEGUND

27.3. bis 02.4. 2010
Kinderlandvilla St. Radegund

Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 159,-



Bibliothek
Katalog der neuen Bibliothek des KPÖ-Bildungsvereins:
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/bibliothek.phtml>
oder unter <http://www.bibliotheken.at/>

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Ausflüge und Geselligkeit in den OGs

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail:
volksstimme@kpoe-steiermark.at

Land zahlt Millionen an betuchte Fondbesitzer

Bitte unternehmen Sie etwas dagegen, damit den alten Leuten nicht der letzte Euro aus der Tasche gezogen wird. Auch das Land würde das Geld für andere wichtige Probleme brauchen. Statt jenen, die ohnehin viel haben, noch mehr in den Rachen zu werfen. Die Banken sollten vom Staat auch kein Geld mehr bekommen.

Die Absicherung für Pflegeeltern finde ich sehr gut. Die Kinder sind die Zukunft. Ich bitte Sie tun Sie etwas, nur in der Zeitung schreiben ist zuwenig.

Frau S., St. Marein

Anmerkung: KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler setzt sich seit 2006 für die Rechte der Pflegeeltern ein, nun kommt tatsächlich eine Absicherung im Interesse der Pflegeeltern und -kinder.

Bei den Pflegeheimen wurden von der KPÖ bereits Schritte gesetzt, die den Missständen ein Ende bereiten sollen. Leider haben sich viele Gemeinden

langfristig den Geschäftemachern ausgeliefert.

Magere Lohnabschlüsse

Ihr analysiert im Artikel die Lohnabschlüsse und schlussfolgert: „Zieht man Bilanz, so haben die Gewerkschaften den Beschäftigten eine reale Nulllohnrunde beschert.“ Immer noch ist es so, dass nicht die Gewerkschaften, sondern die Unternehmer den Lohn „bescheren“. Sie sind es, die sich einer Umverteilung verweigern.

Allerdings haben die Gewerkschaften zu Betriebsversammlungen als Kampfmittel in den Metallbetrieben aufgerufen. In 2/3 der Betrieben ist man dem Aufruf gefolgt. Das ist sicher nicht überwältigend, aber auch nicht schlecht. Damit wurde ein Einkommensergebnis ohne weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht, von der Hermann Haslauer, Chefverhandler der Arbeitgeber, von Beginn an nicht abrücken wollte.

Anne Rieger, Graz

Was sie wollen

Wir freuen uns immer auf Ihre Zeitung. Es ist erschütternd, was so alles in Österreich vor sich geht. Dieses Land ist für den kleinen Mann so schlecht geworden, dass er sich bald altes Brot kaufen muss. 1,5 Prozent Pensionserhöhung sind eine bodenlose Frechheit. Die Politiker kassieren

Millionen, die Leistung ist lächerlich. Die EU-Herrschaften bekommen 3,7 % Erhöhung, das stinkt zum Himmel.

Hoffentlich gibt es bei der Landtagswahl für ÖVP und SPÖ einen gehörigen Denkmittel. Die glauben, dass sie mit dem Volk machen können, was sie wollen. Herr M., Bad Aussee

Transferkonto

In unserer letzten Ausgabe fragten wir, ob staatlichen Leistungen nur bei sozial Schwachen oder bei allen Empfängern öffentlicher Mittel offengelegt werden sollen.

Meist findet das „Ausnutzen“ von Förderungen und Zuschüssen nicht „unten“ statt, sondern in Kreisen, die weit entfernt sind von Geldsorgen. Hier wird sehr oft nur jede erdenkliche Möglichkeit genutzt, um gratis zu stolzen Überweisungen zu kommen. Das wird dann noch als schlau und unternehmerisch vorgezeigt und empfunden.

Ich halte nichts davon, dass aus Ungerechtigkeiten der Aufteilung des vorhandenen großen Kuchens (zu geringer Lohn für viele, viele Arbeiter, obwohl genügend Gewinn vorhanden ist) der normale Mensch in einen Almosenempfänger verwandelt wird.

Beate K., St. Oswald

Bei den Transferleistungen an die Bauern stellt sich heraus, daß viele Leistungen beziehen, die vorzugsweise bei einer Partei, Bank etc. arbeiten! Diejenigen, die dringend einen Arbeitsplatz brauchen, gehen leer aus.

Herr N., Bärnbach

Privater Müllentsorger ist Pleite

Viele steirische Gemeinden betroffen

Depomie
Frohnleiten



Die Müllfirma UEG ist in Konkurs. Eine der Ursachen dafür dürften Spekulationen in Osteuropa sein.

In der Steiermark sind ganze Regionen und Bezirksmülldeponien betroffen. Auch Gemeinden werden von der Pleite in Mitleidenschaft gezogen: Zum Beispiel Eisenerz, Köflach, Bärnbach, Voitsberg oder Frohnleiten, aber auch Graz.

Die KPÖ fordert die Übernahme der UEG nach dem Konkurs durch das Land: „Anscheinend ist die Firma zu Tode gewirtschaftet worden. Das gibt der öffentlichen Hand die Möglichkeit, in Bereiche der Müllentsorgung in der Steiermark einzusteigen, die sonst von privaten Konzernen vollständig monopolisiert würden.“

Bei der Abfallwirtschaft handelt es sich um einen existenziellen Bereich der Daseinsvorsorge, der von vornherein am Gemeinwohl ausgerichtet sein muss. Profitmaximierung hat in diesem Bereich nichts verloren.

Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at //

DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



**Helfen statt reden
Mit Rat und Tat!**

KPÖ Notruf 0316/ 877 5102

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten, Landhaus=Hinterhaus

Arbeitszeitverkürzung statt arbeiten bis zum Umfallen

Der Gewerkschaftliche Linksblock im ÖGB (GLB) fordert Arbeitszeitverkürzung statt flexiblere Arbeitszeiten.

Durch Flexibilisierung holen die Unternehmen immer höhere Profite auf Kosten der Beschäftigten heraus. Bei vielen flexiblen Arbeitsverhältnissen

reicht das Einkommen nicht zum Leben.

Allein im zweiten Quartal des Vorjahres haben 754.000 Beschäftigte pro Kopf und Woche durchschnittlich 8,2 Überstunden geleistet haben. Gleichzeitig ging und geht die Zahl der Vollarbeitsplätze massiv zurück. Bei einer Normalarbeitszeit von maximal 9 Stunden könnten 60.000 neue Vollarbeitsplätze geschaffen werden.

Die Beschäftigten sind bereits flexibel genug: Überstunden, Teilzeit, Gleitzeit, Schichtarbeit, Bereitschaftsdienste, lange Durchrechnungszeiträume, Altersteilzeit, Solidaritätsprämienmodell, geringfügige Beschäftigung, Werkverträge, Leiharbeit usw.

Die Bereitschaft der Arbeitenden, auf die Interessen der Unternehmer zur Optimierung der Maschinenlaufzeiten einzugehen, muss künftig mit einer echten Arbeitszeitverkürzung und einer Höchstarbeitszeit von 9 Stunden pro Tag honoriert werden.

Flexibilisierung? – Nein!

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist hauptverantwortlich dafür, dass die Lohnquote seit dem EU-Beitritt Österreichs von 62 auf 55 Prozent zurück-

10,1 % ARBEITSLOSE: HÖCHSTER WERT SEIT 1945

Die Arbeitslosigkeit in der Steiermark steigt weiter und liegt bereits bei 10,1 Prozent. 60.000 sind arbeitslos oder in AMS-Schulungen.

KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler erinnert an die „Steiermark-Holding“. Damit könnte das Land selbst Arbeitsmarktpolitik betreiben, statt nur Befehlsempfänger von Banken und Konzernen zu sein. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Arbeitslosigkeit in der Steiermark liegt weit über dem Bundesdurchschnitt und hat Rekordniveau erreicht. Der neoliberalen Traum ist ausgeträumt. Nun muss sich die öffentliche Hand wieder den nötigen Spielraum verschaffen und selbst aktiv Arbeitsmarktpolitik betreiben. Arbeit gäbe es genug.“

gegangen ist. Gleichzeitig sind die Gewinneinkommen von 38 auf 45 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung hat in den ersten 15 Jahren nach dem EU-Beitritt einen Nettolohnverlust von insgesamt 57,5 Milliarden Euro verursacht. Zusätzlich sind den Sozialversicherungen 25,6 Milliarden Euro an Abgaben entgangen.



www.bigshot.at

Unterschreiben Sie ONLINE unter www.glb.at oder www.kpoe-steiermark.at

Unterschriftenaktion zur Verhinderung einer Flexibilisierung zu Lasten der Beschäftigten

9 Stunden Höchstarbeitszeit am Tag sind mehr als genug! Für jede weitere Stunde Flexibilität wollen wir

- Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust
- bezahlte Bildungsfreistellung und eine
- nachhaltige Beschäftigungsgarantie

	NAME	ORT	UNTERSCHRIFT
1			
2			